ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Leitbild der Landesregierung zur Gerichtsstrukturreform zurückweisen

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stellt fest:

- a) Der von der Landesregierung vorgelegte erste Arbeitsentwurf zur Gerichtsstrukturreform widerspricht dem Rechtsgewährungsanspruch der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. Eine mögliche Gerichtsstrukturreform in Mecklenburg-Vorpommern muss den Anspruch des Grundgesetzes in Artikel 19 Abs. 4 entsprechen. Das setzt voraus, dass der Zugang zu den Gerichten nicht unangemessen erschwert wird.
- b) Die von zahlreichen Vereinen und Verbänden vorgetragene Hinweisse zum Ende Februar 2012 vorgestellten Leitbild „Das Amtsgericht 2025“ und den „Kriterien für eine Standortentscheidung“ der Landesregierung wurden in den wesentlichen Punkten nicht berücksichtigt.
- c) Der von der Landesregierung vorgestellte Erste Arbeitsentwurf zur Gerichtsstrukturreform wurde ohne konkrete Analysen erarbeitet, die für ein tragfähiges Konzept erforderlich sind. Der Reformbedarf bleibt vollkommen unzureichend begründet.
- d) Der Landtag befürchtet durch die Schließung zahlreicher Amtsgerichte erhebliche Nachteile für die Standortkommunen.

2. Der Landtag lehnt den ersten Arbeitsentwurf der Landesregierung zur Gerichtsstrukturreform grundlegend ab.

3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ihren Arbeitsentwurf zur geplanten Gerichtsstrukturreform zurückzunehmen.

Helmut Holter und Fraktion